



Salo Muller gegen die Deutsche Bahn

Seine Eltern wurden von der Reichsbahn nach Auschwitz deportiert. Deshalb fordert der Niederländer Salo Muller Entschädigungen von der Deutschen Bahn. Muss die nach acht Jahrzehnten noch Verantwortung übernehmen?

Aus Hamburg Anna Lindemann

Salo Muller war sechs Jahre alt, als er seine Eltern zum letzten Mal sah. Er stand vor der Bühne eines Amsterdamer Theaters, auf der seine Mutter und sein Vater sich zwischen anderen jüdischen Gefangenen drängten. Muller sagt, er habe zu ihnen gewollt, habe gerufen und geweint, aber nicht gedurft. Dann wurden seine Eltern deportiert, erst in den Zügen der Niederländischen Staatsbahn, ab der deutschen Grenze mit der Reichsbahn. Die Zugfahrten mussten sie selbst zahlen. Einige Monate später, Anfang 1943, wurden sie in Auschwitz von SS-Wachmännern ermordet. Sie sind zwei von mehr als 100.000 niederländischen Jüdinnen und Juden, die in Konzentrationslager deportiert wurden.

Mehr als acht Jahrzehnte später, an einem Sonntag im Januar, sitzt Muller tief versunken in einem Kinositz und schaut auf die Bühne des Hamburger Centralkomitees, eigentlich ein Veranstaltungsort für politisches Kabarett. Heute hat das Auschwitz-Komitee hier eine Veranstaltung organisiert. Muller trägt eine braune Hornbrille, Anzug und Krawatte, seine Hände liegen gefaltet im Schoß. Der 87-Jährige sieht ganz und gar nicht aus, wie man sich einen Aktivisten vorstellt. Doch gleich wird er sich aus seinem Sitz aufraffen, die Stufen zur Bühne hochsteigen und mit aktivistischer Entschlossenheit fordern, wofür er seit Jahrzehnten kämpft: Entschädigungszahlungen von der Deutschen Bahn.

Es wäre Mullers zweiter großer Sieg: 2019 hat er die Niederländische Staatsbahn dazu bewegt, 50 Millionen Euro Entschädigung an insgesamt 7.000 Opfer und Hinterbliebene zu zahlen. Deshalb nimmt er jetzt noch mal in Deutschland Anlauf, gemeinsam mit dem Hamburger Anwalt Martin Klingner. Der wirkt genau so entschlossen wie sein Klient. Er sitzt an diesem Sonntag neben Muller auf der Bühne und sagt: „Wir sehen einen klaren Anspruch, den Salo und andere Überlebende haben.“ Können sie damit erfolgreich sein?

Klingner weiß: Viel Zeit bleibt nicht mehr. Muller gehört zur letzten Generation Überlebender der NS-Verbrechen. Die meisten Opfer kann eine materielle Entschädigung nicht mehr erreichen. Das weiß auch die Bundesregierung.

Der Historiker Prof. Constantin Gosciler von der Universität Bochum forscht zu Wiedergutmachungspolitik und beobachtet, dass die Regierung Entschädigungszahlungen fast 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges beenden will.

„Das Ende hängt damit zusammen, dass die letzten Überlebenden sterben“, sagt er. Entschädigungszahlungen seien für die Generation der Überlebenden angedacht gewesen. Das zeige sich schon an der Stiftung „Erinnern, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) der Bundesregierung, die in den 2000er Jahren für die Verteilung von Geldern an ehemalige NS-Zwangsarbeiter*innen zuständig war. Mittlerweile kümmert sie sich vor allem um erinnerungskulturelle Projekte.

Dem gegenüber stehe eine andere Entwicklung, sagt der Historiker: Mittlerweile fordern auch Kinder und andere Hinterbliebene von Holocaust-Opfern Entschädigung. Zu der Frage, ob Muller mit seiner Forderung erfolgreich sein kann, gehört also auch: Wer muss 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt noch entschädigt werden? Und wer trägt die Verantwortung?

Vier Tage vor der Veranstaltung im Centralkomitee, im Videotelefonat von Hamburg nach Amsterdam. Mit dabei: Salo Muller, sein Anwalt Kling-

„Wenn man es ernst meint mit der Entschuldigung, dann muss man zahlen“

Holocaust-Opfer Salo Muller

ner und ein Dolmetscher, der zwischen Niederländisch und Deutsch vermittelt.

Muller schaut in seine Webcam und antwortet ohne Zögern auf die Frage, warum er auf die Entschädigungszahlungen pocht: „Ich will Gerechtigkeit.“ Und er sagt einen Satz, mit dem er immer wieder zitiert wird: „Wenn man es ernst meint mit der Entschuldigung, dann muss man zahlen.“ Erinnerungskultur alleine reicht nicht. Deshalb schreibt Muller seit Jahren Briefe an Bahnvorstände und Abgeordnete, tritt öffentlich auf.

Muller findet nicht, dass er deshalb ein Aktivist ist. Er würde sich ja nirgendwo festkleben, sagt er und wirkt in seinem kleinen Zoom-Fenster fast etwas beleidigt. Was er aber tut: nicht lockerlassen. Im Telefonat sagt er: „Wenn jemand sagt, dass es was vielleicht möglich ist, dann höre ich ein Ja.“ Das Gleiche sagt er auch vier Tage später auf der Hamburger Bühne. Und seine Tochter sagt über